

Rede Gerd Will

Plenum 20. Januar 2015

**Pkw-Mautpläne sofort stoppen. Keine weiteren Belastungen von Mobilität und Logistik in Deutschland und keine Diskriminierung von Nachbarn durch Deutschland
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/1744**

Anrede,

der FDP-Antrag vom 17. Juli des letzten Jahres muss im Lichte der Weiterentwicklung des Themas Maut auf Bundesebene als überholt betrachtet werden. Zumindest hätten Sie der neuen Entwicklung folgend Ihren Antrag aktualisieren müssen.

Sie kämpfen gegen Dinge, die in der aktuellen Entwicklung längst überholt sind. Sie unterstellen auch beim aktuellen Gesetzentwurf Europarechtswidrigkeit.

Sowohl der Unterhalt der Infrastruktur als auch der Neubau sind seit vielen Jahren unterfinanziert.

Entweder hat man den Mut, wirksame Strukturen und Finanzierungssysteme zu entwickeln, oder wir müssen die Anforderungen an die Verkehrssysteme zurückschrauben oder zeitlich über die derzeit machbare Finanzierung strecken. Das wäre ehrlich und nachvollziehbar. Aber da kneifen Sie von der FDP. Für eine seriöse gesicherte Finanzierung der Infrastruktur sind Sie von der FDP sowohl auf Bundesebene als auch hier in Niedersachsen den Beweis schuldig geblieben. Sagen Sie uns doch endlich, was Sie wollen und nicht immer nur was Sie nicht wollen.

Anrede,

Bei der neuen ausgeweiteten Maut brauchen wir ein klares nachvollziehbares Konzept, handwerklich sauber und rechtssicher, damit es europarechtlich Bestand hat.

Niedersachsen als Flächenland mit einem großen Anteil an Berufspendlern muss ein Interesse daran haben, dass die Einführung einer PKW-Maut nicht massiv zu Lasten der Arbeitnehmer geht und deren Mobilität erheblich einschränkt.

Es darf für die weitere Entwicklung der niedersächsischen Wirtschaft und die Mobilität der Arbeitnehmer keine verordneten Stolpersteine geben.

Es muss auch verhindert werden, dass der Grenzverkehr unter Einbußen leidet und es Ausweichverkehre auf das nachgeordnete Straßennetz gibt.

Durch die Maut sollen die Inländer nach wie vor 3 Mrd. Euro und die ausländischen Verkehrsteilnehmer 700 Mio. Euro für den Unterhalt und den Ausbau der Infrastruktur finanzieren.

Wir erwarten diese angekündigte Umsetzung des neuen Gesetzes durch den Bundesverkehrsminister.

Und wir erwarten die angekündigte Kostenneutralität aus der Koalitionsvereinbarung.

Es muss zudem sichergestellt werden, dass Aufwand und Nutzen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

Wir erwarten zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten für die niedersächsische Infrastruktur.

Ihr Antrag führt ins Abseits. Dem konnte nicht einmal die CDU folgen. Sie stehen damit ganz allein, ohne auf die drängenden Finanzierungsfragen eine seriöse Antwort zu geben. Wir lehnen daher Ihren Antrag ab.